



# Viele offene Fragen

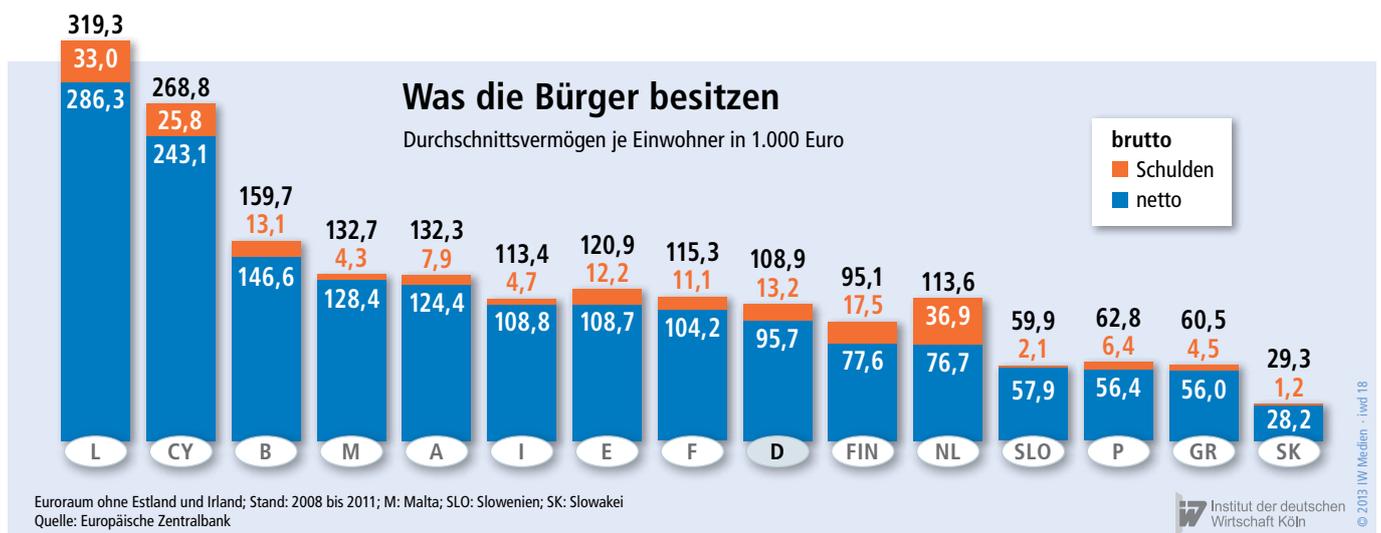
**ESM.** Die kürzlich veröffentlichte Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) zu den Vermögensverhältnissen im Euroraum hat in Deutschland eine heftige Debatte ausgelöst. Haben die Bundesbürger wirklich weniger auf der hohen Kante als andere, insbesondere die Südeuropäer? Wäre es dann nicht gerechtfertigt, beispielsweise Zypriern und Griechen stärker an der Sanierung ihrer Banken zu beteiligen, bevor andere zur Kasse gebeten werden? Diese Fragen spielen bei der detaillierten Ausgestaltung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der derzeit in Brüssel verhandelt wird, eine Rolle.

Die Zahlen der EZB sprechen auf den ersten Blick eine deutliche Sprache: Jeder Bundesbürger verfügt im Durchschnitt über ein Vermögen von 96.000 Euro – nach Abzug der

Schulden (Grafik). Das ist weniger als in vielen anderen – auch südeuropäischen – Euroländern. Ein Grund dafür: Die Deutschen mieten ihre Wohnung eher, als sie zu kaufen:

**In Deutschland leben nur 44 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden, in Zypern dagegen 77 Prozent und in Griechenland 72 Prozent.**

Damit ist zum Teil schon erklärt, warum die Zypriern über das zweitgrößte Nettoprivatvermögen aller Eurostaaten verfügen. Neben selbst genutzten, vermieteten und Ferienwohnungen ist dafür aber auch noch das hohe Betriebsvermögen verantwortlich (Grafik Seite 2). Immerhin besitzen 20 Prozent der Haushalte in Zypern eine Firma, in Deutschland sind es lediglich 9 Prozent. →



## Inhalt

**Ausbildungsmarkt.** Im Jahr 2012 haben so wenig junge Menschen eine Ausbildung angefangen wie nie zuvor. Ein Grund ist, dass immer mehr junge Leute studieren gehen.  
Seite 3

**Finanzen.** Gibt es in Deutschland eine finanzielle Repression? Diese Frage stellten sich die Teilnehmer des 11. Finanzmarkt-Round-Table in Frankfurt am Main.  
Seite 4-5

**Hochschulfinanzierung.** Bund und Länder finanzieren schon heute einige befristete Hochschulinitiativen. In Zukunft sollen diese langfristig eingebunden werden.  
Seite 6-7

**Polit-Talkshows.** Mittlerweile wird auf den meisten Kanälen und fast täglich getalkt. Doch die Zuschauer bekommen offenbar nicht genug davon.  
Seite 8

→ Auch die Spanier sind reicher als die Deutschen – vielleicht aber nur auf dem Papier. Denn das Privatvermögen der Iberer besteht vor allem aus Immobilien. Weil die Daten dazu aber schon etwas älter sind und das Platzen der Immobilienblase zu einem Preissturz geführt hat, sind in der EZB-Studie Häuser und Eigentumswohnungen in Spanien sicherlich überbewertet.

Trotz der Abstriche, die bei den Vermögensverhältnissen der Südeuropäer gemacht werden müssen, bleibt die Frage, ob die Bürger dort nicht auch ihren Teil dazu beitragen sollten, die Banken zu retten.

**Speziell im Fall Zyperns ist es den europäischen Steuerzahlern kaum zuzumuten, allein für die fehlgeleitete Wirtschaftsstrategie geradezustehen. Denn der Mittelmeerstaat hat seinen Bankensektor auf fragwürdige Weise aufgebläht.**

Dazu trugen vor allem überzogene Lockzinsangebote bei, aber auch risikoreiche Anlagestrategien sowie eine lasche Bankenaufsicht.

Zudem hat die Rettungsaktion für Zypern erneut die Frage aufgeworfen, ob der ESM Banken direkt helfen soll, ohne dass der jeweilige Heimatstaat für diese Hilfen haftet. Eine solche Haftungsübernahme könnte den betreffenden Staat aber in die Insolvenz treiben. Daher hat der Euro-Gipfel im vergangenen Juni beschlossen, direkte Bankenhilfen durch den ESM zu erlauben – was von manchen Beobachtern als Kapitulation der Bundesregierung gegenüber den Hilfsforderungen der Krisenländer interpretiert wird.

Diese neue Form der Krisenhilfe kann jedoch erst erfolgen, wenn es in der Eurozone eine zentralisierte Bankenaufsicht gibt. Wesentliche politische Hürden sind inzwischen

## Wie sich das Bruttovermögen aufteilt

Durchschnitt je Einwohner in 1.000 Euro

	Sachvermögen					Finanzvermögen
	davon	Immobilienvermögen Hauptwohnsitz	Sonstiges Immobilienvermögen	Betriebsvermögen	Fahrzeuge und Wertgegenstände	
Luxemburg	283,5	165,6	96,4	9,4	12,2	35,8
Zypern	247,1	88,2	95,6	57,6	5,7	21,8
Belgien	113,2	82,3	19,0	6,9	5,0	46,5
Malta	114,9	58,6	22,2	29,8	4,4	17,8
Österreich	110,0	58,8	14,6	30,2	6,2	22,3
Italien	102,1	69,0	18,6	9,4	5,1	11,3
Spanien	108,4	65,2	28,6	10,9	3,8	12,5
Frankreich	93,0	54,9	23,0	9,8	5,4	22,3
Deutschland	85,8	44,6	22,4	14,2	4,7	23,1
Finnland	80,9	52,0	21,3	3,2	4,4	14,3
Niederlande	83,3	69,5	7,3	2,5	4,0	30,2
Slowenien	56,6	40,4	8,4	5,5	2,3	3,3
Portugal	55,0	30,0	14,5	7,5	3,0	7,9
Griechenland	56,3	33,8	16,8	2,9	2,8	4,2
Slowakei	26,9	21,8	2,0	1,3	1,8	2,4

Euroraum ohne Estland und Irland; Stand: 2008 bis 2011  
Quelle: Europäische Zentralbank

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 18

genommen, und die EZB bereitet sich darauf vor, diese Aufgabe Anfang 2014 zu übernehmen.

Nun geht es bei den Verhandlungen in Brüssel um Details. Klar ist: Einen Freibrief gibt es nicht. Stattdessen orientiert sich die Eurogruppe an den Hilfsmaßnahmen für Zypern. Wie dort soll auch anderswo kriselnden Banken nur unter harten Auflagen geholfen werden:

- Zunächst müssen in- und ausländische Anteilseigner haften;
- dann sind vorrangige und nachrangige Gläubiger dran – die Rangfolge richtet sich nach dem Kleingedruckten der Kredite oder Schuldverschreibungen;
- es folgen gegebenenfalls Großanleger mit Einlagen von mehr als 100.000 Euro;
- und schließlich haftet der jeweilige Staat – damit dieser nicht in die Überschuldung getrieben wird, allerdings nur in begrenztem Maß.
- Kleinanleger mit Guthaben unter 100.000 Euro bleiben verschont.

**Erst am Ende der Haftungskette stünde der Stabilitätsmechanismus mit seinen direkten Bankenhilfen.**

Deutschland versucht gegenwärtig, diese Hilfen gemeinsam mit Finnland und den Niederlanden bei 80 Milliarden Euro zu deckeln. Zudem soll verhindert werden, dass der ESM auch direkt solchen Banken hilft, deren Altschulden zum Teil schon von den Regierungen übernommen wurden. Vor allem Spanien und Irland hoffen darauf.

Das Ausmaß der Eigenbeteiligung von Eignern und Gläubigern muss jedoch auf die jeweilige Situation der Bank und des betreffenden Staates zugeschnitten werden. Zum Beispiel könnte es bei einer großen und stark vernetzten Bank durch eine zu weitgehende Beteiligung der Kreditgeber zu Dominoeffekten kommen.

Zu laxen und großzügigen ESM-Hilfen indes würden gravierende Fehlanreize setzen. Denn nur wer selbst haftet, geht keine übermäßigen Risiken ein.

# Bewerber gesucht

**Ausbildungsmarkt.** Noch nie haben so wenige junge Menschen in Deutschland eine Ausbildung begonnen wie 2012. Kein Wunder: Einerseits gibt es immer weniger Schulabgänger, andererseits entscheiden sich mehr und mehr Jugendliche für ein Studium.

Der demografische Wandel sowie die zunehmende Studierneigung machen den ausbildenden Unternehmen gehörig zu schaffen: Zwei Drittel der 2012 im Qualifizierungsmonitor des Bundeswirtschaftsministeriums befragten Betriebe gaben an, in den vorangegangenen zwölf Monaten Schwierigkeiten gehabt zu haben, Auszubildende zu finden. Besonders betroffen sind kleine Firmen mit höchstens neun Beschäftigten – mehr als 30 Prozent von ihnen hatten bei der Besetzung der Ausbildungsplätze „große Probleme“; von den Großunternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten beklagten das nur 4 Prozent.

Längst ist der Ausbildungsmarkt in Deutschland ein Bewerbermarkt, auf dem die jungen Leute am längeren Hebel sitzen:

**Ende September 2012 konnten 15.600 unversorgte Ausbildungsbe- werber aus rund 33.200 unbesetzten Ausbildungsstellen wählen.**

Dass der Bewerberpool kleiner wird, zeigt auch die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge: Im vergangenen Jahr haben nur knapp 550.000 junge Menschen eine Ausbildung in Deutschland angefangen, das waren 17.700 weniger als 2011. Die Ausbildungszahlen gehen seit der Jahrtausendwende zurück: Im Jahr 1999 begannen noch mehr

## Ausbildungsvergütungen 2012

im Durchschnitt aller Ausbildungsjahre in Euro pro Monat

Im Vergleich zum Jahr 2011 haben die tariflichen Ausbildungsvergütungen im Jahr 2012 deutlich zugelegt: In den Berufen mit den meisten Auszubildenden war das Lohnplus meist größer als der Inflationsausgleich. Die Inflationsrate betrug im betrachteten Zeitraum in Deutschland 2 Prozent, der durchschnittliche Anstieg der Ausbildungsvergütungen lag in Westdeutschland bei rund 4 Prozent, in Ostdeutschland bei 5 Prozent.

Veränderung gegenüber Vorjahr  
in Prozent

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
Zerspanungsmechaniker/-in	913	▲	+4,5	886	▲	+4,2
Mechatroniker/-in	909	▲	+4,7	885	▲	+4,5
Industriemechaniker/-in	904	▲	+4,5	859	▲	+4,0
Bankkaufmann/-frau	876	▲	+6,1	860	▲	+6,3
Industriekaufmann/-frau	875	▲	+4,5	802	▲	+3,9
Fachinformatiker/-in	850	▲	+3,9	788	▲	+3,7
Bürokaufmann/-kauffrau (IH)	841	▲	+4,5	763	▲	+4,2
Fachkraft für Lagerlogistik	831	▲	+3,9	753	▲	+3,6
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	753	▲	+2,0	674	▲	+2,3
Verkäufer/-in	704	▲	+2,0	629	▲	+2,3
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in (Hw)	670	▲	+5,0	535	▲	+7,4
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	653	▲	+8,3	653	▲	+8,3
Koch/Köchin	638	▲	+2,9	505	▲	+1,2
Hotelfachmann/-frau	638	▲	+2,9	505	▲	+1,2
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	558	▲	+6,7	514	▶	0,0
Maler/-in und Lackierer/-in	528	▶	0,0	528	▶	0,0
Friseur/-in	454	▼	-0,4	269	▶	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>737</b>	<b>▲</b>	<b>+4,1</b>	<b>674</b>	<b>▲</b>	<b>+5,0</b>

Auswahl; IH: Industrie und Handel; Hw: Handwerk; Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 18

als 630.000 junge Frauen und Männer eine Lehre.

Dass es derzeit so wenige Auszubildende gibt, hat im Wesentlichen zwei Ursachen. Zum einen sind die Schülerzahlen seit Jahren rückläufig: Allein von 2010 auf 2011 sank die Zahl der Schulabgänger ohne Studienberechtigung um mehr als 4 Prozent, in Ostdeutschland betrug der Rückgang sogar fast 6 Prozent. Der klassische Lehrlingspool, nämlich Haupt- und Realschüler, schrumpft also. Zwischen 2003 und 2011 ging die Zahl dieser Schulabgänger sogar um mehr als 19 Prozent zurück.

Zum anderen zeigen auch die Abiturienten wenig Neigung, die Azubi-Lücke zu füllen: Jeder zweite Schul-

abgänger mit Studienberechtigung entscheidet sich heute für ein Hochschulstudium. Im Jahr 2000 tat dies nur jeder Dritte.

Dabei sind die Ausbildungsvergütungen im vergangenen Jahr in vielen Berufen deutlich gestiegen (Grafik). Mehr und mehr Unternehmen sind überdies bereit, auch leistungsschwächere Jugendliche unter Vertrag zu nehmen: Rund 44 Prozent der Betriebe tun das bereits, weitere 22 Prozent planen oder erwägen es.

Unternehmen, die Hilfestellungen und Tipps bei der Rekrutierung von Auszubildenden suchen, werden fündig unter: [www.fachkraeftesichern.de](http://www.fachkraeftesichern.de)

# Es ist Zeit, aufzuräumen

**Finanzen.** Im Mittelpunkt des 11. Finanzmarkt-Round-Table des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), der DekaBank und der Börsen-Zeitung stand die Frage, ob es in Deutschland eine finanzielle Repression gibt. Dabei verringern Staaten mit künstlich niedrig gehaltenen Zinsen ihre Schuldenlast – auf Kosten der Sparer und Anleger. Der iwD fasst die wichtigsten Ergebnisse der Diskussion zusammen.

„It is time to clean up the mess“ – es sei Zeit, mit der europäischen Schuldenkrise aufzuräumen, und dabei müsse man sich auch mal die Finger schmutzig machen, ist sich Hans Peter Grüner sicher. Der Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim war einer der Teilnehmer des Round-Table am 25. April in Frankfurt am Main. Er nennt die Bemühungen der europäischen Regierungen eine „Patchwork-Rettung“, einen Flickenteppich. Strukturreform, finanzielle Repression (Kasten) oder Bankenabwicklung in Zypern und Inflation – weil keine Maßnahme für sich genommen perfekt sei, probiere man alle gleichzeitig aus. Allerdings,

räumte Grüner ein, gebe es auch keine geradlinige Einzellösung. Ein Schuldenschnitt für die Krisenländer sei ohne eine Bankenunion naiv, also könne man nur hoffen, dass sich die südeuropäischen Länder mit der Ordnungspolitik im deutschen Sinne anfreunden und diese umsetzen.

Kritik an der Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Krisenpolitik übten sowohl Grüner als auch IW-Volkswirt Markus Demary. Durch immer neue Aufgaben und die politischen Wechselwirkungen sei die Geldpolitik der EZB an der „Grenze zum Glaubwürdigkeitsverlust“. Die EZB müsse eigene Kriterien formulieren, wann sie zu welchen Mitteln greife.

## Finanzielle Repression

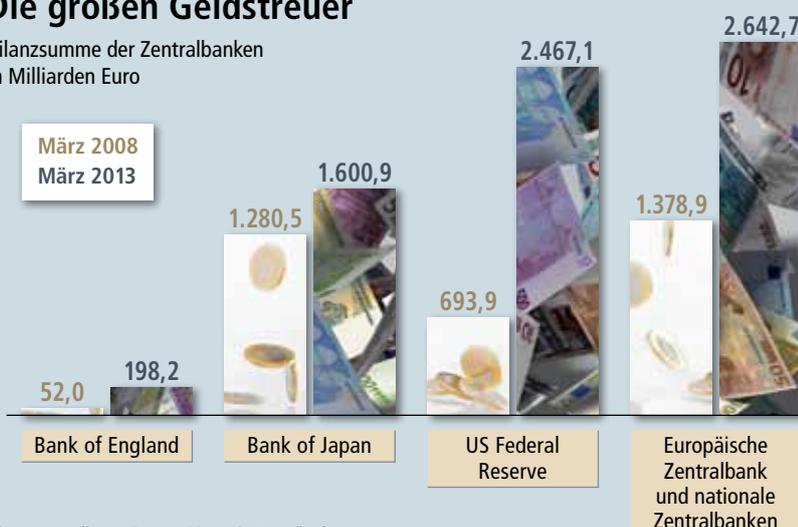
Finanzielle Repression steht für eine Reihe von Zwangsmaßnahmen, mit denen Staaten ihre Finanzierungskosten künstlich niedrig halten. Der Begriff wurde in den 1970er Jahren von den Ökonomen Ronald McKinnon und Edward Shaw eingeführt. Staaten greifen zur finanziellen Repression, wenn sie ihre Verschuldung nicht durch Inflation und Sparmaßnahmen abbauen können. Durch niedrig gehaltene Zentralbankzinsen und andere Markteingriffe verschaffen sich die Regierungen frisches Kapital zu Konditionen, die am freien Markt nicht möglich wären. Zu den Instrumenten der Finanzrepression gehört auch, die Banken zu zwingen, trotz niedriger Zinsen Staatsanleihen zu halten. Insgesamt führen die Maßnahmen dazu, dass die Zinserträge durch die Inflation aufgezehrt werden und sich negative Realzinsen ergeben. Diese bedeuten für die Anleger Verluste (Grafik Seite 5) – und für die Staaten, dass sich ihre Schuldenlast verringert.

Für den Sparer bedeutet eine finanzielle Repression, dass er Geld verliert, denn die Rendite seiner Anlage liegt unterhalb der Teuerung. Eine „sanfte Enteignung“ nennt Deka-Chefvolkswirt Ulrich Kater das. Das Vorgehen in der EU sei ein Angriff auf das Geschäftsmodell der Banken. Wegen der geringeren Margen und drohender Kreditausfälle müssten die Geldinstitute ihr Geschäftsmodell anpassen und neue Märkte erschließen.

Für die Zukunft der EU gibt es laut Grüner nun zwei mögliche Wege: das „Blümchen-Szenario“, in dem jedes Land seine Hausaufgaben macht und so wieder Vertrauen aufbaut. Oder das „Horror-Szenario“,

## Die großen Geldstreuer

Bilanzsumme der Zentralbanken  
in Milliarden Euro



Bilanzsumme: alle Vermögenspositionen der Zentralbank, darunter fallen die Kredite an andere Banken sowie die Bestände an Staatsanleihen

Ursprungsdaten: Bank of Japan, Federal Reserve, Europäische Zentralbank, Bank of England

bei dem mindestens für den Rest der Dekade japanische Zustände herrschen – ohne Vertrauen, mit einem Teufelskreis aus stagnierender Wirtschaft und Deflation. Japan ist es so bisher nicht gelungen, einen Weg aus der Krise zu finden. Nun will das Land seine Wirtschaft mit extrem expansiver Geldpolitik, schuldenfinanzierten Staatsausgaben und einem schwachen Yen aus dem jahrelangen Stillstand führen.

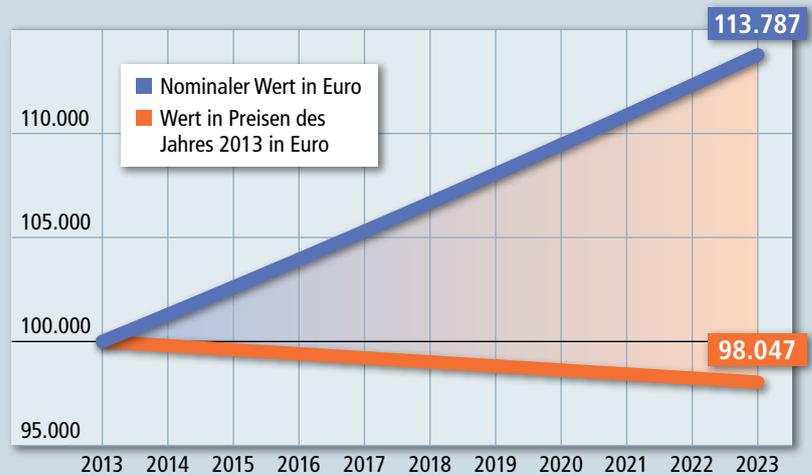
Doch wie sieht es in Deutschland aus, gibt es auch hier eine finanzielle Repression? Negative Realzinsen allein seien kein Indiz dafür, meint Grüner – und womöglich sei die Finanzrepression auch nur eine Verschwörungstheorie. Denn die Niedrigzinspolitik der EZB sei auch auf die Rezession in einigen Mitgliedsländern zurückzuführen. Staatsschuldenkrise, Bankenkrise sowie die gesamtwirtschaftliche Krise bedingten sich gegenseitig, erklärte Demary. In Deutschland gleiche die Rendite längst nicht mehr die Teuerungsrate aus.

Angesichts dessen stellte ein Teilnehmer die Währungsunion infrage. „Nein, die Kosten der Auflösung wären immens“, entgegnete Grüner. Besser sei eine Konsolidierung im Rahmen der Währungsunion.

Weil die Notenbanken mehr und mehr Geld drucken (Grafik Seite 4), befürchten viele einen Anstieg der Inflationsraten. Wenn aber der Bankkunde von seinem Nachbarn höre, „heb lieber Dein Geld ab, morgen kommt die Inflation und es ist nichts mehr wert“, dann sei es eh schon zu spät, erklärte Deka-Chefvolkswirt Kater – in der Situation sei Deutschland aber noch lange nicht. Im Moment sei es deshalb das Beste, nichts zu tun und die Dinge laufen zu lassen.

## Versalzene Rendite

So entwickelt sich eine Anlage von 100.000 Euro, die mit 1,3 Prozent verzinst wird – bei einer angenommenen Inflationsrate von jährlich 1,5 Prozent



Quelle: IW-Berechnung

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 18

In welche Richtung die Politik letztendlich gehe, hänge sehr von der Entwicklung in Italien ab, so Grüner. Er ist überzeugt, dass die EZB nicht ohne Beteiligungen des Rettungsfonds ESM italienische Wertpapiere kaufen werde. Das bedeute, die Währungsunion werde nur weiterbestehen können, wenn in Italien Konsolidierung und Reformen fortgesetzt würden. Die Sorge um Italien teilt Michael Hüther nicht. Das

Land sei wettbewerbsfähig. Viel besorgniserregender ist nach Ansicht des IW-Direktors die Lage in Frankreich, das 2012 mehr neue Schulden angehäuft hat als geplant.

„Der Sturm rund um Deutschland ist groß, aber in Deutschland fühlen wir uns – noch – in einem relativ sicheren Hafen“, fasste Claus Döring, Chefredakteur der Börsen-Zeitung und Moderator, die Diskussion zusammen.



Von links nach rechts: Dr. Ulrich Kater (Chefvolkswirt der DekaBank), Prof. Dr. Michael Hüther (IW-Direktor), Dr. Markus Demary (IW-Volkswirt), Prof. Dr. Hans Peter Grüner (Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim) und Claus Döring (Chefredakteur der Börsen-Zeitung)

# Der Bund ist gefragt

**Hochschulfinanzierung.** Für einige befristete Hochschulinitiativen übernehmen Bund und Länder schon heute die gemeinsame finanzielle Verantwortung. Wie es in Zukunft weitergehen könnte, haben BDA, BDI, Stifterverband und IW Köln in einem gemeinsamen Konzept ausgearbeitet. Es spricht sich dafür aus, den Bund langfristig in die Hochschulfinanzierung einzubinden. 

Nach dem Abi stehen den jungen Leuten viele Türen offen: etwa ein freiwilliges soziales Jahr, eine Berufsausbildung, ein Au-pair-Aufenthalt oder eine mehrmonatige Fernreise. Doch egal, wofür sich die Jugendlichen entscheiden – früher oder später treffen sich die meisten an der Uni wieder. Im Jahr 2011 nahmen in Deutschland 55 Prozent der Bevölkerung im entsprechenden Alter ein Studium auf, das ist Rekord.

Weil dieser Trend anhält, rechnen Hochschulstatistiker bis 2019 mit jährlich rund 450.000 Studienanfängern. Auch weit über das Jahr 2020

hinaus werden die Studentenzahlen hoch bleiben. Der bildungspolitisch erwünschte Boom hat jedoch auch eine Schattenseite: Er kostet viel Geld. Die Finanzierung der Hochschulen – wie aller Bildungseinrichtungen – ist primär Aufgabe der Länder, doch vor allem die weniger finanzkräftigen dürften ihre Hochschulbudgets bald drastisch zusammenstreichen, auch um die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse einzuhalten.

Im Durchschnitt kostet die adäquate Ausstattung eines Studienplatzes in Deutschland 7.200 Euro pro Jahr. In manchen Fächern, vor allem in der Medizin, aber auch in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, ist es sogar noch wesentlich mehr. Dass es trotz knapper Kassen in den vergangenen Jahren einen Zuwachs an Studienplätzen gegeben hat, liegt insbesondere am finanziellen Engagement des Bundes:

**Die Hochschulausgaben des Bundes sind in den vergangenen zehn Jahren mehr als dreimal so stark gestiegen wie die der Länder.**

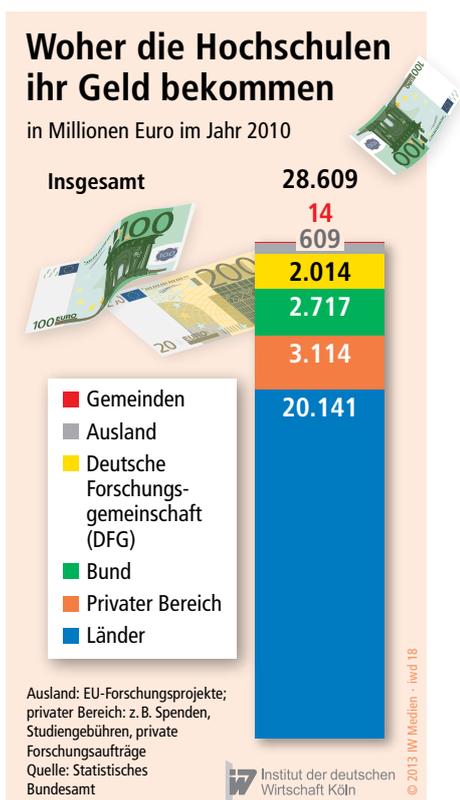
Im Jahr 2010 wurden insgesamt fast 29 Milliarden Euro in die Forschung und Lehre an den Hochschulen investiert (Grafik). Vom Bund kamen auf direktem Weg 2,7 Milliarden Euro, über zeitlich begrenzte Programme wie die Exzellenz-Initiative und den Hochschulpakt weitere 1,6 Milliarden Euro. Um dem

Studentenansturm gerecht zu werden, haben Bund und Länder überdies Mitte April weitere Finanzhilfen zugesagt: Ursprünglich wollte der Bund bis 2015 jährlich 2,6 Milliarden Euro in begrenzte Programme investieren, nun soll allein der Hochschulpakt um rund 4,4 Milliarden Euro aufgestockt werden, wobei die Länder sich zur Hälfte beteiligen sollen. Bis 2018 hat der Bund weitere 2,7 Milliarden Euro eingeplant.

Nachhaltig sind diese Ad-hoc-Finanzierungskonstrukte jedoch nicht. So ist vollkommen unklar, was ab 2020 passiert, wenn die befristeten Bundesmittel endgültig auslaufen, die Hochschulen aber weiterhin von Studienanfängern überrannt werden. Auch der Wegfall der Studiengebühren hat die finanzielle Situation der Hochschulen verschärft, da die Kompensationszahlungen der Länder nicht immer mit den steigenden Studentenzahlen Schritt halten.

Um dieses Dilemma zu beenden, haben die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ein Konzept entwickelt, das für eine dauerhafte Zusammenarbeit von Bund und Ländern plädiert. Das 10-Punkte-Programm spricht sich für eine grundlegende Umgestaltung der Hochschulfinanzierung aus:

**1. Einführung eines Absolventenbonus.** Der Bund sollte statt seines Anteils am Hochschulpakt und der Kompensationsmittel für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau



für jeden erfolgreichen Uni- oder Fachhochschulabsolventen einen Bonus zahlen, der direkt an die Hochschulen fließt.

**2. Stärkung der Lehre.** Hochschulen, die sich in der Lehre engagieren, sollten bei der Grundfinanzierung durch die Länder dafür stärker belohnt werden. Darüber hinaus sollten herausragende Lehrleistungen der Dozenten und Professoren zusätzlich honoriert werden.

**3. Studiengebühren ermöglichen.** Die Hochschulen sollten das Recht haben, von ihren Studenten Studiengebühren von bis zu 500 Euro pro Semester zu verlangen. Allerdings sollten die Gebühren nachgelagert erhoben werden: Der Staat streckt sie als zinsfreies Darlehen vor, das von den Absolventen erst dann zurückgezahlt wird, wenn sie im Beruf stehen und ein bestimmtes Mindesteinkommen erzielen.

**4. Reform der Unterstützungsleistungen.** Von den knapp 10 Milliarden Euro, mit denen der Staat die Studenten jährlich unterstützt, werden gerade einmal 18 Prozent nach sozialen Kriterien vergeben (Grafik). Deshalb sollte das Bafög bedarfsgerecht ausgestaltet, regelmäßig angepasst und der Darlehensanteil auf 1.000 Euro pro Semester gekappt werden. Die Verschuldung für ein Bachelorstudium wäre damit auf maximal 6.000 bis 8.000 Euro begrenzt. Um das Geld dafür zusammenzubekommen, müssten die vielfältigen Studienfinanzierungsinstrumente kritisch überprüft und umgeschichtet werden.

**5. Bundesstudienkredit einführen.** Der Staat sollte allen Studenten unabhängig von ihrer sozialen Lage die Möglichkeit einräumen, niedrig verzinsten Studienkredit mit einkommensabhängigen Rückzahlungskon-

## Wie der Staat die Studenten unterstützt

in Millionen Euro im Jahr 2010

		Adressaten
Steuerentlastung	468,8	Überwiegend Studenten aus einkommensstarken Haushalten
Krankenversicherung	2.972,4	
Kindergeld	2.702,8	Alle Studenten
Studentische Einrichtungen	842,4	
Kinderzulagen	699,1	
Transportleistungen	165,3	
Bafög (ohne Darlehensanteil)	1.431,4	Überwiegend Studenten aus einkommensschwachen Haushalten
Sonstiges (u.a. Bafög-Darlehenserlasse)	263,7	
<b>Insgesamt</b>	<b>9.545,9</b>	

Transportleistungen: Ausgleichszahlungen der Bundesländer an die Verkehrsbetriebe, die gesetzlich dazu verpflichtet sind, Studenten preisermäßigte Tickets zu gewähren  
 Ursprungsdaten: Schwarzenberger (2008)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw18

ditionen in Anspruch zu nehmen. So ließen sich die vielen bereits existierenden Kreditvarianten sinnvoll bündeln.

**6. Kindergeld direkt auszahlen.** Das Kindergeld dient dem Unterhalt der Kinder und sollte deshalb direkt an die Studenten und nicht länger an die Eltern ausgezahlt werden.

**7. Stipendienkultur stärken.** Für leistungsstarke Studenten sind Stipendien eine ideale Möglichkeit der Studienfinanzierung. Um die Stipendienkultur in Deutschland zu stärken, sind sowohl die Hochschulen als auch die Wirtschaft und die Politik gefragt. Wie man private und öffentliche Geldgeber gewinnen kann, zeigt zum Beispiel das Deutschlandstipendium.

**8. Drittmittelprojekte voll finanzieren.** Bislang findet an den Hochschulen häufig eine Quersubventionierung von Drittmittelprojekten über Grundmittel statt, weil nicht alle Kosten – zum Beispiel für Räume oder Inventar – in die Projektkosten einbezogen werden. Projekte, die mit

Drittmitteln bestritten werden, sollten aber zu Vollkosten geplant und finanziert werden.

**9. Forschungsbonus einführen.** Der Bund sollte die Einwerbung von Forschungsdrittmitteln fördern, indem er die von den Hochschulen eingeworbenen Drittmittel grundsätzlich um einen Forschungsbonus von 10 Prozent aufstockt.

**10. Kooperationen und Fusionen fördern.** Um komplementäre Forschungsinfrastrukturen besser nutzen zu können und zu leistungsstärkeren Einheiten zu kommen, sollten Bund und Länder Kooperationen von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen rechtlich und finanziell fördern.



Information

### Gutachten

BDA, BDI, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Hochschulfinanzierung – ganzheitlich, transparent und leistungsorientiert gestalten

[www.iwkoeln.de/hochschulfinanzierung](http://www.iwkoeln.de/hochschulfinanzierung)

# Viel Redebedarf

**Polit-Talkshows.** In der ARD wird gerade darüber gestritten, ob es nicht zu viele Talkshows im Fernsehen gibt – und welche man abschaffen könnte. Zwar wird mittlerweile auf den meisten Kanälen und fast jeden Tag getalkt – doch die Zuschauer können offenbar nicht genug davon bekommen.

„Der Fall des Uli Hoeneß – vom Saubermann zum Steuersünder?“ war das Thema bei „Günther Jauch“ am 21. April in der ARD. Die Sendung lockte 6,7 Millionen Menschen vor die Bildschirme und bescherte der Talkshow die höchste Zuschauerzahl seit ihrem Bestehen. Die Show mit Günther Jauch ist derzeit das erfolgreichste Format unter den deutschen politischen Diskussionsrunden. Im Schnitt verfolgten im Jahr 2012 rund 4,6 Millionen Personen die wöchentliche Sendung.

Auf Platz zwei landete „hart aber fair“ mit Frank Plasberg, dem durchschnittlich gut 3 Millionen

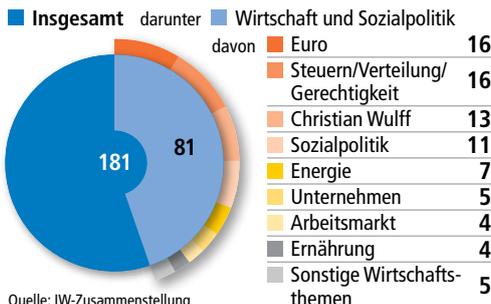
## Let's talk about Economy

Die fünf Polit-Talks mit den meisten Zuschauern im Jahr 2012, in Millionen im Durchschnitt pro Sendung

Günther Jauch (ARD)	4,6
hart aber fair (ARD)	3,1
maybrit illner (ZDF)	2,5
Menschen bei Maischberger (ARD)	1,7
Anne Will (ARD)	1,6

Zuschauer ab drei Jahren; Quelle: Media Perspektiven

### Thematische Schwerpunkte der fünf beliebtesten Polit-Talks im Jahr 2012



Menschen pro Sendung zuschauten. Erfolgreichste Talkshow im ZDF war „maybrit illner“: Im Schnitt schalteten 2012 rund 2,5 Millionen Bundesbürger ein.

Obwohl es an fast jedem Wochentag eine andere Talkshow gibt, stellt sich offenbar kein Sättigungseffekt ein – die Zuschauerzahlen sind 2012 im Vergleich zum Vorjahr sogar gestiegen. Lediglich bei „Anne Will“ gab es ein Minus von gut 50 Prozent. Dieser Absturz hängt wohl hauptsächlich mit dem Sendeplatzwechsel zusammen. Als Günther Jauch im September 2011 den Sonntags-Talk übernahm, musste Anne Will auf den Mittwoch ausweichen.

Der Bedarf der Öffentlichkeit, Meinungen und Einschätzungen zu aktuellen Themen zu erhalten, ist groß. Dies zeigt vor allem ein Blick auf die Themenliste der Gesprächsrunden (Grafik):

**Von den insgesamt 181 Sendungen der fünf zuschauerstärksten Talkshows 2012 behandelten 81 Themen der Wirtschaft und Sozialpolitik.**

In 16 Sendungen ging es dabei um die Eurorettung und die europäischen Krisenländer, ebenfalls 16-mal wurde über Steuern, Verteilung und soziale Gerechtigkeit diskutiert. Ein weiteres brisantes Thema war die Affäre Christian Wulff mit insgesamt 13 Sendungen.

Zwar spielten Wirtschaftsthemen 2012 eine herausragende TV-Rolle, trotzdem gab es große Unterschiede. Die Talks von „maybrit illner“ drehten sich am häufigsten um die Wirtschaft – nämlich gut 82 Prozent der Sendungen. Bei „Günther Jauch“ waren es rund 59 Prozent und bei „hart aber fair“ knapp 46 Prozent. Den geringsten Wirtschaftsanteil hatte „Menschen bei Maischberger“ mit gut 28 Prozent.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.